

V0001/25

Maßnahmen zur Gewinnung und Sicherung von pädagogischem Personal in Kindertageseinrichtungen
(Referenten: Herr Grandmontagne, Herr Kuch)

Antrag:

1. Der Verlängerung der internen Weiterqualifizierung für Assistenzkräfte zu Ergänzungskräften (Block B des neuen modularen Gesamtkonzeptes) wird um weitere drei Jahre, bis 31.12.2028, zugestimmt.
2. Damit die Multiplikatorin die Weiterqualifizierung der Assistenzkräfte zu Ergänzungskräften weiterhin übernehmen kann, wird zugleich die Planstelle 54038 (Umfang 0,5 VZÄ in S15) mit KW-Vermerk 31.12.2025 bis zum 31.12.2028 verlängert. Aufgabe dieser Stelle ist es, die vorherigen Aufgabenerfüllung der während der Projektlaufzeit als Multiplikatorin tätigen Mitarbeiterin sicherzustellen.
3. Die Teilnahmegebühren für die Qualifizierung zur Tagespflegeperson bzw. Assistenzkraft werden bis 31.12.2028 weiterhin auf Antrag und nach halbjähriger und dann noch ungekündigter Tätigkeit in einer Ingolstädter Kindertageseinrichtung als Assistenzkraft oder als Kindertagespflegeperson für Ingolstädter Kinder erstattet.
4. Die Teilnahmegebühren in branchenüblicher Höhe für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Ergänzungs- oder Fachkraft durch externe zertifizierte Multiplikatorinnen oder Multiplikatoren (sofern intern keine Plätze verfügbar sind) werden weiterhin bis 31.12.2028 auf Antrag nach einer einjährigen und dann noch ungekündigten Tätigkeit (mit mindestens 19,5 Wochenstunden) in einer Ingolstädter Kindertageseinrichtung zu 50 % erstattet, nach weiteren zwei Jahren insgesamt zu 100 % erstattet.

Jugendhilfeausschuss	21.01.2025	Vorberatung
Ausschuss für Kultur und Bildung	04.02.2025	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	06.02.2025	Vorberatung
Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	13.02.2025	Vorberatung
Stadtrat	26.02.2025	Entscheidung

Jugendhilfeausschuss vom 21.01.2025

Frau Bürgermeisterin Kleine übergibt das Wort an Frau Schmid. Diese führt aus, dass in Kindertageseinrichtungen schon seit Jahren ein bundesweiter Fachkräftemangel bestehe und sich die Stadt Ingolstadt hier auf vielfältige Art und Weise engagiert, um hier genügend Personal zu bekommen. Ein Teil dieser Maßnahmen zur Gewinnung und Sicherung von Personal sei Gegenstand der heutigen Vorlage. Es ginge um 3 Maßnahmen, auch wenn es 4 Antragspunkte seien, diese sind im Mai 2023 vom Stadtrat beschlossen worden, aber nur befristet bis 31.12.2025. Um Planungssicherheit für die Personen, die es betrifft zu haben,

sei diese Vorlage nun im Sitzungslauf, mit der Bitte um Verlängerung bis 31.12.2028. Frau Schmid führt aus, die Punkte 3 und 4 aus dem Antrag befassen sich mit Rückerstattungen d. h., wenn Assistenzkräfte oder Personen die eine Weiterqualifizierung zur Ergänzungs- oder Fachkraft absolviert und dies im Vorfeld selbst finanziert haben, anschließend in einer Ingolstädter Tageseinrichtung arbeiten, egal ob bei einem freien Träger oder bei der Stadt, dann können sie auf Antrag, das Geld von der Stadt Ingolstadt zurückbekommen. Wenn sie entsprechend nachweisen können, dass sie ein oder zwei Jahre, je nach Maßnahme, in Ingolstadt tätig waren. Die Assistenzkraft-Maßnahme sei auch eine abgestimmte Maßnahme mit der Region 10.

Pfaffenhofen habe sogar sofort unbefristet beschlossen und die anderen Gebietskörperschaften wie Ingolstadt befristet. Frau Schmid bezieht sich nun auf die Punkte eins und zwei, diese seien ein städtisches Projekt, hier ginge es um die Verlängerung einer Personalstelle 0,5 VZÄ, hier wäre Planungssicherheit vonnöten. Es handelt sich um die modulare Qualifizierung vom bayerischen Sozialministerium, wie in Anlage eins beschrieben. Das Ziel sei, Quereinsteigende in die Kitas zu bekommen. Diese Maßnahme wurde von Fachakademien auch kritisiert, diese waren der Meinung, dass sich Menschen hier unwahrscheinlich schnell für die Kitas qualifizieren können. Sie seien aber der Meinung, dass man nicht eines gegen das andere ausspielen soll, denn alle möglichen Maßnahmen seien notwendig, deshalb befürworteten sie diese Maßnahme. Es gäbe eine bundesweite Richtlinie im Kita-Gesetz, hier ginge es darum, dass Assistenzkräfte gefördert und in Kitas eingestellt werden können, diese zählen aber nicht zum Personalschlüssel. Diese Assistenzkräfte können in unserer eigenen Weiterqualifizierungs-Reihe, zu Ergänzungskräften fortgebildet und ab dem ersten Tag auch schon in den Schlüssel eingetragen werden. Diese Personen kommen in der Regel aus ganz anderen Berufen, z.B. aus dem Verkauf, Friseurinnen und aus dem Dienstleistungsbereich. Sie entscheiden sich bewusst dafür, in eine Kita zu gehen. Dem Großteil gefällt das Aufgabenfeld auch sehr gut und entscheidet sich dann für eine Weiterqualifizierung. Im ersten Durchgang waren es 12 Personen, diese seien jetzt fertig und haben den Abschluss als bayernweit anerkannte Ergänzungskraft. Am 18. Januar habe die zweite Runde mit 16 Personen gestartet. Die Ausbilderin sei langjährige Kita-Leitung aus den eigenen Reihen, mit sehr viel Erfahrung in diesem Bereich. Sie bereitet die Kräfte gezielt auf die Tätigkeit bei der Stadt Ingolstadt vor. Bei Zustimmung der Beschlussvorlage im JHA und den weiteren Gremien können bis 2028 noch 45 Personen zur Ergänzungskraft ausgebildet werden, diese werden auch benötigt. Stadtweit fehlen aktuell 50 Kräfte. Sie weist darauf hin, dass in dem Bereich viele junge Frauen arbeiten, die eventuell schwanger werden könnten, und außerdem kommt auch noch der Rechtsanspruch an den Grundschulen. Die Teilnehmenden zeigen sich extrem dankbar für diese Schulung, sind wissbegierig und identifizieren sich dadurch sehr stark mit der Stadt Ingolstadt. Im neuen Kurs seien auch einige Kolleginnen aus der Mittagsbetreuung. Die Inhalte seien 1/3 Online-Kurse, 1/3 in Präsenz, 1/3 selbstorganisiertes Lernen und dann eine Abschlussprüfung. Das Kurrikulum sei sehr zeitgemäß, die Themen sind rechtliche Grundlagen, professionelle Haltung erlangen, Bildungsbereiche des bayerischen Erziehungs- und Bildungsplanes, Bildungs- und Erziehungspartnerschaften und Interaktionsqualität. Frau Schmid merkt an, dass mit der Unterstützung des JHA diese Reihe für die Stadt Ingolstadt 2023 auf den Weg gebracht werden konnte und sie bittet weiterhin um Unterstützung dieses Projektes, damit dies bis Ende 2028 fortbestehen kann. Frau Bürgermeisterin Kleine bedankt sich bei Frau Schmid und fragt nach Wortmeldungen oder Beiträgen. Sie übergibt das Wort an Herrn Niedermeier.

Herr Niedermeier nimmt Bezug auf die Statistik, die den Rückgang der Geburten seit 2022 anzeigt. Im Jahr 2022 betrug die Anzahl der Geburten 1500 Kinder und im Jahr 2023 1400

Neugeborene. Herr Niedermeier stellt sich vor, dies gehe so weiter, dazu möchte er wissen, benötigt man dann noch so viel Personal oder neue Kindergärten. Seine zweite Frage betrifft das Personal, ob es dort im Personalstamm Frauen aus der Ukraine oder Syrien gäbe, bei denen man damit rechnen muss, dass sie wieder zurück in ihre Heimatländer gehen und bei uns als Personal dann fehlen.

Frau Schmid antwortet, dass die Geburtenzahlen im Jahr 2024 bei 1418 waren und die Zahlen ihr Hoch 2018 bei 1600 hatten, die Jahre davor lagen sie bei 1400 und vor 2013 waren es 1200, es sei ganz lange das Normalmaß in Ingolstadt gewesen. Es hat sich bei diesem höheren Level eingependelt, Frau Schmid würde noch nicht von einem starken Rückgang sprechen. Sie meint, dass dadurch der Druck etwas herausgeht. Man kann leider noch nicht von einer Entlastung sprechen und davon ausgehen, dass man deswegen keine Kitas oder kein Personal mehr bräuchte. Sie weist darauf hin, dass man schon mal bei einem vorherigen JHA dargestellt habe, dass die Zahl der Kinder mit besonderen Bedarfen wächst. Dadurch würde für den Schlüssel mehr Personal notwendig und zusätzlich kommt ab 2026 der Rechtsanspruch für Grundschul Kinder. Von daher sehe sie keinen Grund zu sagen, man könne sich bei der Personalfrage zurücklehnen. Frau Schmid geht auf die zweite Frage von Herrn Niedermeier ein, es sei ihr nicht bekannt, dass wir sehr viele Personen aus der Ukraine oder Syrien im Bereich der Kindertageseinrichtungen haben, es wären vereinzelte Personen, somit kein größeres Problem. Frau Bürgermeisterin Kleine bedankt sich bei Frau Schmid für die ausführliche Antwort und übergibt das Wort an Herrn Werner.

Herr Werner findet, dass man sich faktisch bei jeder Sitzung des Jugendhilfeausschusses und auch im Sozialausschuss mit der Kindergartenbedarfsplanung beschäftigen würde. Er sei der Meinung, somit müssten alle sehr gut darüber informiert sein, was notwendig sei und was nicht. Er meint, es stehe zweifelsfrei fest, dass wir nach wie vor einen großen Bedarf an zusätzlichen Kindergartenplätzen haben und vor allem an neuem Personal. Herr Werner konstatiert, dass die Maßnahmen der letzten zwei Jahre einigermaßen erfolgreich gewesen seien, da sei viel „Druck aus dem Kessel“ genommen worden. Aber er ist der Meinung, dass es immer wieder vorkomme, dass Eltern Anrufe erhalten und mitgeteilt bekommen, dass Mitarbeiterinnen krank wären und somit ihre Kinder nicht betreut werden können. Dies sei zwar nicht tagtäglich so, aber seiner Meinung nach viel zu häufig. Herr Werner betont noch mal, dass man darauf reagieren müsse und er glaube, dass das Amt mit diesen Maßnahmen, die es ergriffen habe und die erfolgreich waren, genau richtig reagiert habe. Er könne die Kritik auch nicht nachvollziehen, dass die Ausbildung zu oberflächlich sei, denn schlechter als eine nicht so gut ausgebildete Erzieherin sei keine Erzieherin. Abschließend findet er, es sei richtig, den Weg so weiter zu beschreiten und dafür zu sorgen, dass sich die Situation weiter entspannt.

Frau Mader richtet eine Frage an Frau Schmid und möchte wissen, ob die Personen, die jetzt diese Fortbildung machen, bei dem Beruf bleiben und mit sich im Reinen seien, das Richtige zu machen. Frau Mader habe großen Respekt vor dem Personal in den Kindertagesstätten, dort sei immer etwas geboten und jeden Tag eine neue Herausforderung. Dies könne sie bei der Abholung ihrer Enkelkinder aus dem Kindergarten gut sehen. Sie sei auch der Meinung, dass diese Maßnahme richtig sei. Frau Mader erklärt, dass das zusätzliche Personal auch für das bestehende Fachpersonal zur Unterstützung nötig sei, auch bei unvermeidlichen Krankheitsfällen oder Ausfällen bei Schwangerschaften. Dass man zu viel Personal in diesem Bereich habe, sei noch in weiter Ferne.

Herr Schweizer fügt hinzu, dass er als Vertreter der Kita GmbH als großer Träger in Ingolstadt die Initiative berufsbegleitende Qualifizierung für Personal in Kitas und Tageseinrichtungen begrüße. Er freue sich, dass die Stadt Ingolstadt diese Bemühungen auch monetär unterstützt. Hier sei die Zielgruppe nicht Schulabgängerinnen, also

Jugendliche oder junge Erwachsene, sondern in der Regel Menschen, die bereits eine Berufsausbildung haben. Für diese sei die Aufbringung dieser Fortbildungskosten doch erheblich. Er stimmt zu, dass der Fachkräftemangel uns noch lange begleiten werde, auch wenn es sich leicht zu entspannen beginnt, aber von einer guten Situation kann noch nicht die Rede sein.

Frau Schmid antwortet auf die vorherige Frage von Frau Mader, dass sie nicht bei jeder einzelnen Person wisse, wie lange sie bleibe, das hänge von vielen Dingen ab. Diese Quereinsteigenden, wie Herr Schweizer schon ausgeführt habe, seien keine ganz jungen Menschen mehr und haben z.B. schon im Verkauf oder woanders gearbeitet und sind zumindest im Moment sehr motiviert. Sie weist darauf hin, dass diese Personen auch gebunden werden, indem sie, falls sie vorzeitig aussteigen, dazu verpflichtet seien, die Kosten zurückzahlen zu müssen. Es gab auch eine Evaluation angehängt, bei der 100 % aus dem ersten Kurs gesagt haben, dass sie bei diesem Beruf bleiben. Sie denkt, dass in diesem Bereich die Wahrscheinlichkeit doch recht hoch sei. Bei den jungen Kolleginnen, die klassisch Erzieherin werden, habe man schon immer wieder Personen, die sich dann doch für ein Studium entscheiden oder gerne etwas anderes machen möchten.

Herr Grandmontagne möchte noch etwas ergänzen, zu der Frage: Wer bleibt bei diesem Beruf und wer nicht? Er weist auf das bunte Ursachenfeld hin. Er bekräftigt die Aussage von Frau Mader, dass die Belastung sehr hoch sei. Jeder, der einmal in einer Kita war oder Kinder darin habe, weiß, wie anstrengend das sei. Man habe an dieser „Front“ auch einen wachsenden Druck, da in den letzten Jahren auch eine steigende Anzahl von Kindern mit besonderem Förderbedarf registriert wurde. Da bei Integrationskindern die Kapazitäten außerhalb der Regel-Kita, also in den heilpädagogischen Dimensionen, schwinden, werden die Regel-Kitas auch damit immer mehr belastet. Dies sei auch bei den freien Trägern so. Er ist der Meinung, dass man gut beraten sei, bei dem Fachkräftemangel, auch aufgrund eines antizipierten Weggangs von Leuten, die dem Druck nicht mehr standhalten oder sehr belastet seien, einfach auch zu schauen, ob man nacharbeiten könne. Er betont, dies spräche auch nochmal dafür, das Programm weiterzuführen, damit hier nicht noch eine Verschärfung eintritt.

Herr Dr. Schickel möchte wissen, ob er es so richtig verstanden habe, dass diese interne Lösung der Stadt ca. 9000 Euro mehr im Jahr kostet. Er stimmt dem Inhalt der Vorlag zu und ist der Meinung, dass dies es uns wert sein soll, da man so eine Identifikation mit der Stadt schaffe und somit auch auf das Qualitätsmanagement unmittelbaren Zugriff habe. Er sieht hier einen riesengroßen Vorteil, der diesen Mehraufwand von 9000 Euro im Jahr locker aufwiegt.

Herr Niedermeier interessiert es bei diesem Thema, ob es denn in diesem Bereich männlichen Nachwuchs gäbe. Er weist auf einen von ihm gelesenen Bericht hin, bei dem der junge Mann in der Einrichtung der König gewesen sei. Herr Niedermeier möchte gerne wissen, ob Frau Schmid hier einen Überblick habe.

Frau Schmid geht auf die Frage von Herrn Niedermeier ein und teilt ihm mit, dass man hier in diesem Bereich eine recht geringe Quote an Männern habe, so ca. bei 4 %. Sie stimmt Herrn Niedermeier zu, dass die Männer, die vorhanden sind, sehr beliebt seien. Sie weist darauf hin, dass dies bei Herrn Schweizer und Frau Pfeffer ähnlich sei. Frau Schmid führt weiter aus, dass versucht werde bei der Werbung das Bild zu zeigen, dass hier auch männliche Personen gesucht seien; es werden auch jedes Jahr in den Kitas Boy-Days durchgeführt. Sie weist darauf hin, dass dieser Beruf immer noch sehr weiblich geprägt sei und dass man die Gesellschaft nicht komplett umkrempeln könne. Deshalb findet man dieses Bild in den Einrichtungen.

Herr Niedermeier kennt dies aus eigener Erfahrung, dass dieses Bild weiblich geprägt sei. Er erinnert sich auch an den Kulturschock der Kinder, wenn sie von der Grundschule, mit überwiegend weiblichen Lehrkräften, auf die weiterführenden Schulen, mit männlichen Lehrkräften wechselten. Herr Niedermeier plädiert für mehr männliches Personal in Kitas und in Grundschulen.

Frau Bürgermeisterin Kleine erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen, sie stellt fest, dass man hier in der Vorberatung sei und fragt nach Gegenstimmen zu dieser Vorlage. Keine Gegenstimmen, somit geht diese so in die Fachausschüsse. Frau Bürgermeisterin Kleine schließt die öffentliche Sitzung und stellt fest, dass es noch einen Punkt für die nicht öffentliche Sitzung gäbe.

Mit allen Stimmen.

Entsprechend dem Antrag befürwortet.